

Prüfung intra- und transkulturelle Kommunikation
Termin: Jänner 2019

Der Ausgangstext stammt von Maximilian Kasy. Er ist Associate Professor am Department of Economics der Harvard University und arbeitet derzeit für das renommierte Sozial- und Wirtschaftsforschungsinstitut IHS, Institut für Höhere Studien in Wien, Josefstädter Straße 39. Der Text ist im *Standard* am 26.8.2018, also in der ersten Phase der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, in der Rubrik „Kommentar der Anderen“ erschienen.

Gestalten Sie für die nachfolgend formulierten Situationen Texte in Ihren drei Arbeitssprachen basierend auf den Informationen des Ausgangstextes. Achten Sie darauf, Ihre Zieltexte in Makro- und Mikrostruktur dem Auftrag entsprechend zu texten. Ihre Texte sollen ca. 250 Wörter umfassen. Die Beurteilung der Zieltexte erfolgt basierend auf dem PIK-Beurteilungsraster.

Auftrag 1 – Textproduktion A-Sprache/Kultur (ca. 250 Wörter):

Eine Projektgruppe von jungen JournalistInnen in einem / im Land Ihrer A-Sprache sammelt auf einem Webportal Expertenmeinungen zur aktuellen Situation der EU mit dem Ziel, Know-how und Ideen zu bündeln und Kontakte herzustellen. Dafür werden auf der Basis von Medientexten kurze Zusammenfassungen verfasst und nach Stichworten alphabetisch geordnet. Verfassen Sie für diesen Zweck zwei Kurztexte mit ca. 125 Wörtern über „Asylstreit“ und „Steuervermeidung“ mit folgendem Aufbau: Stichwort/Thema – Autor/in des Medientextes – Quellenangabe – Problemlage – Lösungsvorschläge – Kontaktdaten.

Auftrag 2 – Textproduktion B-Sprache /-Kultur (ca. 250 Wörter):

Als BloggerIn publizieren Sie regelmäßig zur EU-Politik. Unter Ihren Followern sind vor allem junge, politisch interessierte Menschen im / in einem Land Ihrer B-Sprache. Kommentieren Sie für diesen Verwendungszweck Maximilian Kasys Argumentation zu Steuervermeidung und Asyl, indem Sie seine Vorschläge als mögliche Problemlösungen präsentieren.

Auftrag 3 – Textproduktion C-Sprache /-Kultur (ca. 250 Wörter):

Das Sozial- und Wirtschaftsforschungsinstitut IHS in Wien, an dem auch Maximilian Kasy tätig ist, veranstaltet eine international besetzte Diskussionsveranstaltung über anstehende Reformen in der EU. Um eine angeregte Diskussion zu ermöglichen, werden auf Infotafeln vor dem Sitzungssaal Expertenstatements in allen Teilnehmersprachen präsentiert. Verfassen Sie als AssistentIn Kasys ein Expertenstatement in Ihrer C-Sprache, das die Positionen Kasys enthält.

In der EU kann es unter Wiens Vorsitz flutschen

Schwerpunktt Themen der Regierung für den EU-Ratsvorsitz sind unter anderem Reformen der Konzernbesteuerung und des Asylsystems

Erklärte Prioritäten der österreichischen Regierung für die Ratspräsidentschaft sind der digitale Binnenmarkt und Migration. Der "Kampf gegen Internetgiganten" mit dem Ziel der "digitalen Betriebsstätte" soll aufgenommen werden, und dem "Streit über Verteilung" von Flüchtlingen soll Einhalt geboten werden. Es besteht das Potenzial für europäische Lösungen, die nicht nur Elend verringern und zu einer gerechteren EU führen würden, sondern auch politisch mehrheitsfähig wären.

Was müsste und was könnte eine Regierung tun, die an nachhaltigen Lösungen in diesen Bereichen interessiert wäre?

Steuerscheue Multis

Multinationale Konzerne, und besonders Internetgiganten, stellen sich aus ihrer sozialen Verantwortung und zahlen keine Steuern. Grund dafür sind Steuervermeidung und Steuerwettbewerb. Unternehmen zahlen theoretisch Steuern auf ihre Profite. Bei Multis stellt sich die Frage, in welchem Land sie Steuern zahlen müssen. Dafür gibt es internationale Regeln, die darauf basieren, dass fiktive Preise zwischen verschiedenen Filialen verrechnet werden.

Für Unternehmen wird es zuletzt immer leichter, die Profite dorthin zu verrechnen, wo die Steuern am niedrigsten sind. Das liegt unter anderem daran, dass immaterielle Güter (wie Patente, Logos, Marken, Algorithmen) immer wichtiger werden, was Buchhaltungstricks leichter macht. Diese Möglichkeiten der Steuervermeidung heizen auch den Steuerwettbewerb an.

Wenn ein Land, zum Beispiel Irland, die Steuern für Unternehmen senkt, dann verlagern Unternehmen ihre Profite durch Buchhaltungstricks nach Irland, sodass Irland am Ende sogar mehr Steuern einnimmt als vorher. Genau deswegen haben die meisten Länder in den letzten 30 Jahren ihre Unternehmenssteuern massiv gesenkt. Das Problem ist, dass durch diesen Steuerwettbewerb anderen Ländern Steuereinnahmen verlorengelangen und am Ende die Multis immer weniger Steuern zahlen.

Das Hauptproblem des jetzigen Systems ist, dass sich Multis praktisch aussuchen können, wo sie Steuern zahlen. In einem besseren System wäre das durch eine Formel vorgegeben. Man könnte zum Beispiel Profite zwischen Ländern aufteilen, je nachdem, wie viel sie dort verkaufen. Das ließe sich sehr schwer durch Buchhaltungstricks manipulieren – man kann die Konsumenten ja nicht einfach in eine Steueroase verschiffen. Dann hätten Länder auch viel weniger davon, Steueroasen zu werden.

Immer mehr Experten fordern so eine Reform, und auch die EU-Kommission hat einen ähnlichen Vorschlag erarbeitet und im Herbst 2016 vorgelegt. Eine solche Reform könnte auch Mehrheiten auf europäischer Ebene finden. Parteien und Regierungen links der Mitte sind an einer gerechteren Verteilung der Steuerlast interessiert. Aber auch konservative Parteien, die wenig für effektivere Steuern auf heimisches Kapital übrig haben, sind nicht abgeneigt, die internationalen Steuervermeider zur Verantwortung zu ziehen. Und rechts außen machen sich Tiraden gegen amerikanische Multis auch nicht schlecht.

Festung Europa

Zum Thema Asyl: Nach einem kurzen Höhepunkt vor drei Jahren schaffen es inzwischen nur mehr wenige Flüchtlinge in die Festung Europa. Aber wie bei fast allen Migrationsbewegungen erreichen Hetze und politischer Opportunismus ihren Höhepunkt mit einiger Verzögerung. In der Zwischenzeit hält die EU Fliehende von sich fern, indem sie sie Meer ertrinken lässt (zwecks "Abschreckung") und Erdogans Armee sowie libysche Milizen dafür bezahlt; Folter, Vergewaltigung und Menschenhandel stehen dabei an der Tagesordnung. So eine Politik mag kurzfristig Wahlerfolge bringen, an Fluchtursachen und durch westliche Invasionen befeuerten Flächenbränden ändert das nichts.

Ein Grundproblem, das so eine Politik befördert, ist die Struktur des europäischen Asylsystems. Asyl kann nur beantragen, wer es unter Lebensgefahr nach Europa geschafft hat. Der Antrag kann nur im Ankunftsland (etwa Griechenland oder Italien) gestellt werden. Versuche einer gleichmäßigeren Verteilung innerhalb Europas scheitern regelmäßig am rechten Aufstand gegen "EU-Diktat" und "Islamisierung".

Tödliche Dynamik

Wie kann diese tödliche Dynamik beendet werden? Zwei europäische Reformen würden Abhilfe schaffen. Zum Ersten müsste das Recht auf Asyl von der gefährlichen Einreise unabhängig gemacht werden. Es bräuchte Antragszentren in den Flüchtlingslagern und Krisenherden der Welt. Wenn Asyl nicht mehr die undokumentierte Überquerung des Mittelmeers erfordert, erübrigt sich auch die Finanzierung von Diktatoren und Warlords durch die EU, um Menschen von der Einreise abzuhalten.

Zum Zweiten bräuchte es einen europäischen Fonds zur Menschenrettung – ähnlich den Bankenrettungsfonds, nur billiger und für Menschen. So ein Fonds könnte jeder Gemeinde oder Stadt, die eine geflohenen Person aufnimmt, einen fixen Geldbetrag zahlen, unter Einhaltung gewisser Mindeststandards der Beherbergung etc. Gemeinden (statt Nationalstaaten) könnten dann entscheiden, wie viele Personen sie aufnehmen möchten.

Statt eines Kampfes um Quoten und "EU-Diktat" und Überlastung der Mittelmeerländer gäbe es so Freiwilligkeit und gerechte Lastenverteilung. Progressiv regierte Städte in Ländern mit fremdenfeindlichen Regierungen wären nicht mehr auf sich allein gestellt, wenn sie Hilfe leisten wollen. Es gäbe auf lokaler Ebene kein Ausspielen von Ressourcen für Einheimische und Neuankömmlinge gegeneinander. Für Länder mit niedrigeren Lebenshaltungskosten könnte es auch kurzfristig rentabel sein, mehr Menschen aufzunehmen. Dem Hetzen gegen Geflohene wäre zumindest der ökonomische Boden entzogen. Und für die EU wäre so ein Fonds am Ende wahrscheinlich sogar billiger, als Diktatoren und Milizen in der Nachbarschaft zu finanzieren.

(785 Wörter)